

## KAPITEL 9

### Dreimal die gleiche goldene Regel

#### **Kapitalbildung muss in Deutschland attraktiver werden**

Die vorhergehenden Kapitel haben dem aufmerksamen Leser bereits wichtige Informationen über die Wirkungen von Steuern vermittelt. Dabei haben die Beispiele im Kapitel 8 gezeigt, dass das traditionelle Leitbild der Besteuerung des Einkommens zu einer umfassende Diskriminierung des Sparers und Investors führt.

Die Frage stellt sich, ob wir uns in Deutschland zur Sicherung unserer wirtschaftlichen Zukunft und der Stabilität unserer Gesellschaft ein Steuersystem leisten können, das die Kapitalbildung massiv beeinträchtigt.

Welche Konsequenzen haben solche Belastungen für eine Volkswirtschaft, die sich einer hohen Arbeitslosigkeit und wachsender Überalterung der Bevölkerung gegenüber sieht - und das unter dem Druck des internationalen Wettbewerbs um den Standort vor allem des realen Kapitals in Form von Produktionsstätten und ähnlichen Anlagen.

#### Weisheit

#### **Kapitalbildung löst Zukunftsprobleme**

#### **Ökonomische Weisheit**

*Mehr Kapitalbildung*

*bringt weniger Zukunftsprobleme*

Was Kapitalbildung mit Arbeitslosigkeit, Rentenproblematik und dem internationalen Steuerwettbewerb zu tun hat, ist also zur Entwicklung eines ‚guten‘ Steuersystems von außerordentlicher Wichtigkeit.

- **Kapitalbildung und Arbeitslosigkeit**

Von Anfang der 60er bis Mitte der 70er Jahre war der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland nahezu bei Vollbeschäftigung im Gleichgewicht. Dann ging es allerdings steil aufwärts, nicht mit der Wirtschaft, sondern mit der Zahl der Arbeitslosen. Höhepunkte dieser Entwicklung waren 1997 mit 4,38 Mio. und 2005 mit 4,86 Mio. Arbeitslosen. Dann ging es mit der Wirtschaft wieder aufwärts, womit auch die Arbeitslo-

sikeit abnahm. Derzeit – Anfang 2015 – haben wir immer noch 2,9 Mio. Arbeitslose – kein Grund also hier die Sektkorken zum Prosit auf Deutschlands Zukunft knallen zu lassen.

**A**uf Dauer kann sich die deutsche Gesellschaft die Versorgung eines Heers von Arbeitslosen von fast 3 Mio. ohne Wohlstandseinbußen nicht leisten. Dies ist inzwischen auch den Politikern aller Parteien klar geworden. Man streitet sich inzwischen heftig um die richtigen Rezepte, bei denen man oft eher den Eindruck hat, dass es nicht um die Schaffung neuer, sondern nur um die Neuverteilung bestehender Arbeitsplätze geht. Das kann aber keine langfristig erfolgreiche Lösung bringen. Die Politik muss vielmehr neue Rahmenbedingungen auf vielen Feldern setzen, damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

## Eilt

### Rezept für mehr Arbeitsplätze

Hierbei ist insbesondere auch zu berücksichtigen, dass in Deutschland ein Mangel an Facharbeitern besteht. Es gibt hier also Arbeitsplätze, die nicht besetzt werden können, weil es an ausgebildeten Fachkräften mangelt.

Wie müssen auch aus diesen Gründen die steuerlichen Rahmenbedingungen aussehen? Um hierauf die richtige Antwort zu finden, muss erst folgende Vorfrage geklärt werden: Was ist eigentlich grundsätzlich erforderlich, um einen Arbeitsplatz zu schaffen? Und zwar so einen Arbeitsplatz, von dem der Arbeitnehmer und gegebenenfalls weitere Familienangehörige leben und vielleicht sogar gut leben können? Was meinen Sie, braucht man dazu? Nun, man braucht vor allen Dingen Kapital:

## Weisheit

### Mehr Investitionen, weniger Arbeitslose

#### Ökonomische Weisheit

*Mehr Investitionen in Köpfe*

*+ mehr Investitionen in Maschinen*

*= mehr Arbeitsplätze*

**D**as werden nicht nur Maschinen sein, an denen Arbeitnehmer in der Industrie tätig sind. Auch bei einem modernen Computerarbeitsplatz, an dem beispielsweise Wissenschaftler arbeiten, handelt es sich um Kapital, das der Arbeit dient. Schließlich liegt auch bei den durch berufliche Ausbildung erworbenen Fähigkeiten Kapital vor, weil es die produktive Leistungsfähigkeit eines Arbeitnehmers, Freiberufers oder anderer Erwerbstätiger erhöht. Ein solches Kapital, das

## Wir können alles

### Investitionen in Köpfe schaffen Arbeit

durch ‚Investitionen in Köpfe‘ geschaffen wird, nennen die Ökonomen entsprechend „Humankapital“.

Kurz: Ohne eine bestimmte Menge an Sach- oder auch Humankapital läuft in Deutschland gar nichts, wenn man neue Arbeitsplätze schaffen will. Die Lehre hieraus: Wer die Kapitalbildung bremst, verschärft das Problem der Arbeitslosigkeit.

**A**us der Forderung nach eine Steuer, die das Arbeitslosigkeitsproblem nicht noch verschärfen soll, folgt entsprechend als **goldene Regel**: Ein gutes Steuersystem sollte das Investieren und Sparen –und damit die Kapitalbildung (vgl. Kapitel 8) – in Deutschland nicht unattraktiv machen!

- **Kapitalbildung und Rentenkrise**

Auch die Rentenproblematik ist auf einen ganz einfachen Punkt zu bringen: Heute finanzieren über die staatliche Rentenversicherung durchschnittlich knapp drei Berufstätige die Rente eines Ruheständlers. Morgen, d. h. etwa schon ab dem Jahre 2030, müssen durchschnittlich zwei Arbeitnehmer die Rente eines Ruheständlers aufbringen. In 2060 sind wir nach Schätzungen mit 1,3 Arbeitnehmern für einen Rentner kurz vor dem Verhältnis 1:1.

Die harte aber unausweichliche Konsequenz ist: Das von immer weniger Erwerbstätigen erarbeitete Einkommen muss zukünftig für den Lebensunterhalt einer relativ größeren Zahl von Leuten ausreichen.

**O**hne große Wohlstandsverluste und ohne ein Wunder ist das wohl nur dann machbar, wenn die Produktivität der Erwerbstätigen bis dahin stark ansteigt. An solche Wunder kann man glauben, aber eine konkrete Hoffnung hierfür besteht wohl nicht. Sicher ist eher, dass sich erhebliche Wohlstandsverluste einstellen werden, wenn es nicht gelingen sollte, die Produktivität der Erwerbstätigen zu steigern.

**D**er Begriff der Produktivität beschreibt, was ein Erwerbstätiger in einer bestimmten Arbeitszeit an Werten schaffen kann (vgl. Kapitel 8). Wenn nun ein Erwerbstätiger im Jahr 2030 bei gleicher Arbeitszeit wesentlich mehr erwirtschaften würde als ein Erwerbstätiger in

## Zukunftshorror

### Das Verhältnis der Schaffenden zu den Essenden gerät aus dem Gleichgewicht

## Produktivität

### Wie wir mehr davon schaffen können

2015, bekäme er in der Regel auch einen höheren Lohn für seine Arbeitsleistung. Dies würde ihm ermöglichen, entsprechend mehr von seinem Einkommen abzugeben, ohne dass es ihm dann selbst schlechter gehen müsste. Wie aber kann man bis zum Jahr 2030 die Produktivität in dem notwendigen Ausmaß anheben?

Wohl eindeutiger Weise nur über den Einsatz von mehr Kapital in quantitativer sowie auch qualitativer Hinsicht. Um eine höhere Produktivität über einen höheren Kapitaleinsatz zu erreichen, ist es erforderlich, mehr Maschinen pro Arbeitnehmer und/oder an den Maschinen Arbeitnehmer mit einer umfangreicheren Ausbildung einzusetzen. Die Qualität (Leistungsfähigkeit) des Kapitals lässt sich durch den technischen Fortschritt und/oder durch eine qualitativ bessere berufliche Ausbildung der Arbeitnehmer steigern. Technischer Fortschritt setzt entsprechende Innovationen voraus, das heißt kluge Köpfe, die nicht nur viel Humankapital in sich tragen, sondern die ihre Kreativität durch entsprechend hohe Nettoeinkommen auch honoriert sehen.

## Weisheit

**Mehr  
Kapitalbildung,  
höhere Renten**

### Ökonomische Weisheit

*Mehr Investitionen in Köpfe*

*+ mehr Investitionen in Maschinen*

*= höhere Renten*

**W**ieder sind wir also sehr schnell bei der überragenden Bedeutung der Kapitalbildung angelangt. Und so zeigt es sich, dass höhere Kapitalbildung sozusagen eine Allzweck-Waffe darstellt gegen die beiden größten wirtschaftlichen Probleme Deutschlands. Es gilt auch hier: Wer die Kapitalbildung bremst, verschärft das Rentenproblem massiv.

## Rentenkrise

**Steuer muss  
entschärfen**

Auch aus der Forderung nach einer Steuer, die die Rentenkrise nicht verschärft, folgt entsprechend nach ökonomischen Einmaleins die bekannte **goldene Regel**: Sorge dafür, dass das Steuersystem das Investieren und Sparen - und damit die Kapitalbildung - in Deutschland nicht unattraktiv macht!

Diese Regel wird auch nicht dadurch außer Kraft gesetzt, dass es Deutschland gelingen sollte, das Absinken der Zahl der Erwerbstätigen durch Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte

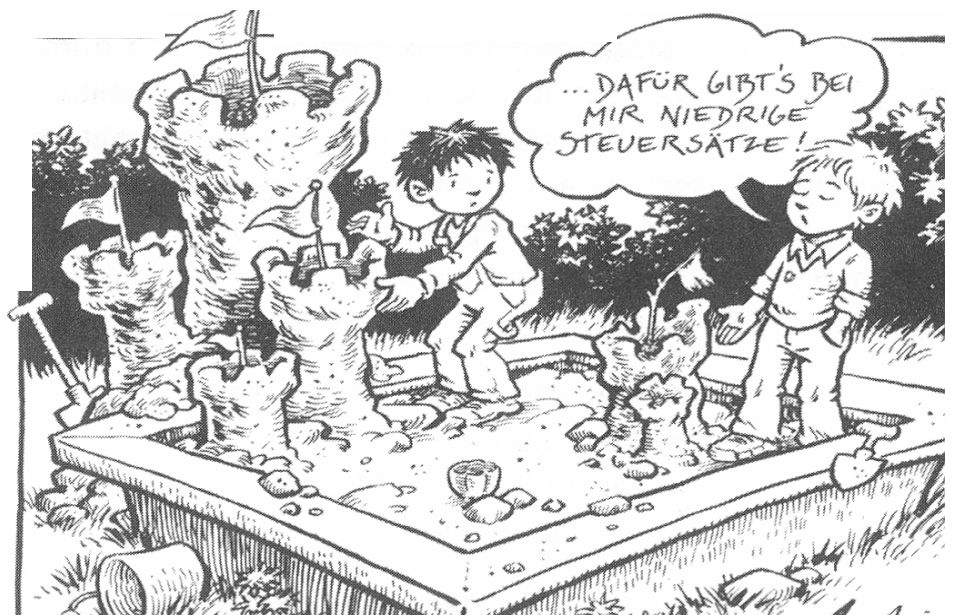
**Zuwanderung**  
hilft, macht aber  
Kapitalbildung  
nicht entbehrlich

etwas zu mildern. Hierzu sind auch die Asylsuchenden aus Kriegsgebieten nicht nur aus humanitären Gründen, sondern auch als zukünftige Erwerbstätige willkommen. Es mag sein, dass sie zunächst für einige Zeit dazu beitragen, dass der Anteil der ‚Schaffenden‘ zu den ‚Essern‘ zusätzlich sinkt. Gelingt jedoch die berufliche Ausbildung dieser Zuwanderer und später ihrer Kinder, werden sie auch einen Beitrag zur Erwerbstätigkeit in Deutschland leisten.

- **Kapitalbildung und internationaler Steuerwettbewerb**

Seit einiger Zeit schon ist zu beobachten, dass Unternehmer und Sparer ihr Kapital mit Vorliebe in solchen Ländern anlegen, in denen der Fiskus die durch den Kapitaleinsatz erwirtschafteten Erträge steuerlich schonend behandelt. Viele Länder versuchen deshalb, Kapital durch milde Steuergesetze anzulocken: Das nennt man dann „internationaler Steuerwettbewerb“.

## Kinderspiel



Wie wichtig aber die Kapitalbildung in Deutschland ist, haben wir bereits gesehen. Deutschland kann es sich folglich also keineswegs leisten, im internationalen Steuerwettbewerb nur tatenlos zuzuschauen.

**Harmonisierung**  
Ist und bleibt  
Wunschträumerei

Viele setzen in dieser Situation ihre Hoffnung auf eine internationale Harmonisierung der Steuern. Doch das ist pure Wunschträumerei: Leider nämlich kann letztlich keine Instanz solche Staaten, die Investoren mit

Steuervergünstigungen anlocken, dazu zwingen, international wettbewerbsneutrale Steuergesetze einzuführen.

Zwar prangern die OECD und die EU immer wieder missbräuchlichen Steuerwettbewerb an, viele Steueroasen sehen darin aber eher eine kostenlose Werbung als einen Anstoß zu Reue und Buße oder gar zur Umkehr. Erschwerend ist hierbei, dass die Identifizierung eines missbräuchlichen Steuerwettbewerbs nur auf dem Hintergrund eines bestimmten Leitbildes möglich ist. Hauptsächlich aus Gründen der Attraktivität als Investitionsstandort haben z. B. erst die nordischen Staaten Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden neue Steuersysteme eingeführt, nach denen Arbeitseinkommen deutlich höher als Kapitaleinkommen besteuert werden. Inzwischen geschieht dies auch in Deutschland.

### Steuerwettbewerb

#### Anlockung von Investoren

**A**uf dem Hintergrund des traditionellen Leitbildes der Einkommensbesteuerung ist die Niedrigbesteuerung von Kapitaleinkommen ein als missbräuchlich einzustufender Wettbewerbsvorteil. Nach dem Leitbild einer lebenszeitorientierten Einmalbelastung von Markteinkommen ergibt sich jedoch eine ganz andere Einschätzung. Hiernach wäre die niedrigere Besteuerung von Kapitaleinkommen ein wenn auch nicht ganz vollkommener Schritt in Richtung Abbau der traditionellen Doppelbelastung von Kapitaleinkommen. Ein Missbrauch aus internationaler Sicht liegt also dann nicht vor.

### Steuerwettbewerb

#### Pro und Contra

Keinem Staat darf es verwehrt sein, ein Steuersystem zu haben, das nach den von der Gesellschaft dieses Staates akzeptierten Wertvorstellungen optimal ist. Garantiert sein muss nur, dass z. B. ausländische Investoren nicht anders behandelt werden als inländische Investoren.

**D**er Kraft des Faktischen gehorchend folgt die internationale Steuerentwicklung bei den Unternehmenssteuern allerdings derzeit überwiegend nicht einem Wettbewerb um das bessere Leitbild der Gewinnbesteuerung, sondern eher einem tendenziell willkürlichen, missbräuchlichen Strickmuster: Um Investoren anzulocken oder um sie im Land zu halten, werden Steuern auf die in Unternehmen zurückbehaltenen Gewinne dem traditionellen Leitbild widersprechend gesenkt.



Wie kann man nun in diesem Wettbewerb bestehen, ohne selbst mit missbräuchlichen Vergünstigungen am internationalen Pranger zu stehen? Man muss das Steuersystem konsequent an einem für jedermann nachvollziehbaren Leitbild ausrichten, das auf dem Hintergrund der arbiträren Steuerpolitik anderer Ländern zum einen diskriminierungsfrei und zum anderen der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung dienlich ist. Wenn ein solches System Arbeits- und Kapitaleinkommen einerseits gleichmäßig belastet, zugleich aber Deutschland als Investitionsstandort attraktiv erscheinen lässt, dann ist das keine missbräuchliche Wettbewerbsmaßnahme. Jedes Land der Welt hat dann die Option, ein solches Steuersystem ebenfalls zu etablieren.

**S**omit folgt schließlich auch aus der Forderung nach einem Steuersystem, das in mittelfristiger Sicht Standortvorteile hat, aber in langfristiger Sicht im internationalen Steuerwettbewerb dennoch überlebensfähig ist, wieder die **goldene Regel**: Ein gutes Steuersystem sollte das Investieren und Sparen - und damit die Kapitalbildung - in Deutschland nicht unattraktiv machen!

#### Fazit:

Die mit der goldenen Regel aufgestellte Forderung, die Kapitalbildung steuerlich nicht unattraktiv zu machen, bedeutet keinesfalls, die Kapitalbildung steuerlich zu privilegieren. Investieren und Sparen sind Tätigkeiten, mit denen Einkommen für bestimmte Zwecke, nämlich für die Kapitalbildung verwendet werden. Die hierzu alternativen Verwendungen wären Konsum, Schenkungen und Erbschaften. Wie im nächsten Kapitel dargestellt wird, impliziert die goldene Regel letztlich, dass Steuern zur Sicherung der Effizienz des Marktes bezüglich alternativer Verwendungen des Einkommens neutral sein sollten. In dieser verallgemeinerten Form stellt sich die goldene Regel als Effizienzkriterium dar, das neben dem im ersten Kapitel geforderten Fairnesskriterium erfüllt sein muss, um von einem guten Steuersystem sprechen zu können.

## KAPITEL 10

### Abschied

#### Das Alt-Leitbild braucht steuerliche „Atemlöcher“

**S**etzte man das alte Steuer-Leitbild eins zu eins in einem Steuersystem durch, würde dieses pure alte System die in Kapitel 9 abgeleitete goldene Regel extrem stark verletzen: Kapitalbildung würde in Deutschland so unattraktiv werden, dass das Wachstum einbrechen würde bzw. das Realkapital ins Ausland flüchtete. Das pure alte System wäre damit eine gigantische Wohlstandsvernichtungsmaschine.

Klar ist, dass ein solches System hinten und vorne nicht halten könnte. Klar ist, dass es ein solches System deshalb in der Realität in Reinkultur gar nicht geben kann! Es existieren da nur zwei realistische Auswege:

- **Ausweg eins:**

**I**n Deutschland ist dieser Ausweg die bittere Wirklichkeit: Nicht nur Politiker, sondern auch einige Finanzwissenschaftler kleben hier – eher ideologisch – am althergebrachten, aber falschen Ideal fest. Da das alte System allerdings in Reinkultur gar nicht praktiziert werden kann, versuchen sie den fatalen Widerspruch zur goldenen Regel abzumildern, indem sie das System mit unsystematischen Steuerlöchern durchsetzen – mit der dreisten Zuversicht, dies werde schon keiner merken.

Um die systematische Exzessiv-Belastung der Kapitalinvestitionen abzumildern, brauchen die Unternehmen also irgendwelche Steuerermäßigungen zum lebensnotwendigen Atmen: Schlupflöcher sind in diesem perversen System – wie der Tübinger Steuerökonom Franz W. Wagner es einmal treffend bezeichnete – notwendige Atemlöcher. Ohne sie würde das Wachstum, das ja auf Kapitalbildung durch Investoren und Sparrer angewiesen ist, erstickt und sich bald rückwärts statt vorwärts weiterentwickeln. Es wundert also nicht, wenn vielen Unternehmen die Chance gegeben wird, durch Bilanzierungstricks ihren zu versteuernden Gewinn zu drücken.

#### Falscher Weg

**Weiterhin  
Orientierung am  
Alt-Leitbild**



**A**uch für Sparer gibt es unsystematische Atemlöcher, d. h. auch bei Sparern weicht unser Steuersystem hier und da von der Regel ab, alle jährlichen Einkommen gleichmäßig zu besteuern. So passt beispielsweise der Sparerfreibetrag überhaupt nicht ins traditionelle Bild, denn Zinseinkommen bis zu 801 (vormals 1601) Euro bei Singles und 1602 (vormals 3202) Euro bei Ehepaaren werden nicht besteuert. Ferner entspricht die Besteuerung der den Sparerfreibetrag übersteigenden Kapitaleinkommen „nur“ mit dem Niedrigsteuersatz von 25 Prozent plus Soli nicht dem traditionellen Grundsatz der umfassenden und einheitlichen Jahreseinkommensbesteuerung.

### Das Schlupfloch: überlebensnotwendig



Schließlich verträgt sich das steuerfreie Ansparen für eine Riester-Rente und Rürup-Rente (siehe Kapitel 5) überhaupt nicht mit dem traditionellen Leitbild der Mehrfachbelastung von Einkommen aus Kapitalanlagen. Eingeführt wurden diese Möglichkeiten des Sparens zur Förderung der freiwilligen Altersvorsorge bei Arbeitnehmern. Hintergrund ist eine Rentenvorwarnung, nämlich die immer mehr zur Gewissheit werdende Aussicht, dass die gesetzlichen Träger der Rentenversicherung in nicht zu ferner Zukunft eine die existentielle Altersversorgung absichernde Rente nicht mehr auszahlen können. Also: Rette sich wer kann, d. h. es gilt, noch weitere Cents vom Munde für eine private Ausfallsrente absparen.

### Steuerprivileg

#### Riester-Rente und Rürup-Rente als Atemlöcher

**E**ben schon hatte ich festgestellt, dass die Strategie der Steuerentlastung über Schlupflöcher fatale Effekte hat: Anstatt angesichts der systematischen Exzessiv-Belastungen von Investoren und Sparer sich von dem falschen Besteuerungsideal zu trennen und alle Investoren und Sparer gleichmäßig zu entlasten, denken Steuerpolitiker und vor allem auch Steuerrechtler nicht an einen Systemwechsel.

Es sind nun aber gerade diese durch willkürliche und unsystematische Sonderregelungen wie mit Maschinengewehrsalven in das System reingeschossenen Atemlöcher, die das deutsche Steuersystem so chaotisch und undurchschaubar machen, dass es zu dem fundamentalen Verstoß gegen die Regel der Einfachheit kommt. Und es sind nun gerade dieselben beliebig zugeteilten Steuerprivilegien, die das deutsche Steuersystem so unausgewogen machen, dass auch die Regel der Fairness mit Füßen getreten wird.

**D**er extreme systematische Verstoß gegen die goldene Regel wird also durch nicht minder fatale Verletzungen der Regeln der Einfachheit und der Fairness gerade soweit abgemildert, dass das absurde System unter großem Ächzen und Krächzen gerade noch so zusammenhält. Sarkastisch formuliert: Es ist damit garantiert, dass das existierende Tohuwabohu immer genau den Grad erreicht, der noch gerade irgendwie aufrechtzuerhalten ist. Statt eines guten Steuersystems haben wir ein Steuerkuddelmuddel, das systematisch am Rande des gar nicht mehr Praktizierbaren entlangschrammt.

Ganz aktuell ist die nach einem Urteil des Verfassungsgerichts erforderliche Änderung der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Was ist da passiert? Erbschaften und Schenkungen sind beim Empfänger traditionell zu versteuernde Einkommen. Weil jedoch Erben von Unternehmer die Erbschaftsteuer nicht ohne beträchtliche Entnahmen finanzieren können, hat man hier eine Ausnahme gesetzlich verankert. Unter bestimmten Bedingungen der Fortführung des Unternehmens entfällt die Steuerzahlung. Es ist natürlich sonnenklar, dass hiermit gegen den Grundsatz einer fairen Einkommensbesteuerung eklatant verstoßen wird. Erben von Finanzvermögen können nämlich eine

## Fairness

### Mit Füßen getreten

**Vererben ohne  
Ausnahme  
zerstört  
Unternehmen**

Entlastung nur in Höhe der Grundfreibeträge beanspruchen. Jetzt haben die Verfassungsrichter dem Gesetzgeber dazu aufgefordert, die bestehende Ausnahme beim Vererben von Betrieben wenigstens zu reduzieren.

Auch hier haben wir wieder ein besonders anschauliches Beispiel dafür, dass das traditionelle Leitbild der Einkommensbesteuerung faktisch nur mit Schlupflöchern erträglich umgesetzt werden kann.

- **Ausweg zwei:**

Der bisherige Weg, die hohe Belastung von Kaitaleinkommen durch Ermäßigungen zu mildern ist kein Zukunftsmodell. Dabei geht die Entwicklung eher dahin, die bestehenden Atemlöcher abzuschaffen. So hört man von Steuerpolitikern – und dabei nicht allein von solchen aus dem linken Bereich – mehr und mehr die Aufforderung, die Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte abzuschaffen. Diese sollten vielmehr wie Lohneinkünfte nach dem Tarif versteuert werden. Im Kapitel 8 habe ich verdeutlicht, welche exzessiven Belastungen aus einer besser als „Deform“ zu bezeichnenden Reform resultieren.

Das Gebot der Stunde ist vielmehr, das alte Leitbild der Einkommensbesteuerung zu entsorgen, weil es sich als unbrauchbar erwiesen hat. Dies hätte den Vorteil, dass man die Verletzung der goldenen Regel systematisch und gerecht kurieren könnte. Alle Investoren und Sparer wären dann gleichmäßig zu entlasten, so dass Sparen und Investieren für alle wieder attraktiver würde. Für den Weg dorthin kann man sich an den Wirkungen einer Steuer orientieren, die nicht im Mittelpunkt dieses Buches steht. Es ist die Mehrwertsteuer, der wir uns auf der Suche nach einem guten System der Einkommensbesteuerung im folgenden Kapitel 11 zuwenden.

**Notwendig  
Entsorgung des  
Alt-Leitbildes**